

# Hallesche Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

erschient wochentlich am Donnerstag, am Sonntag's feiertag. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land monatlich 1.20, in den Postbezirken monatlich 1.30, in den auswärtigen Bezirken 1.50. Postamtliche Zustellung: 1.20. Die Hallesche Zeitung ist in der Reichsdruckerei Halle a. S. gedruckt. Die Hallesche Zeitung ist in der Reichsdruckerei Halle a. S. gedruckt. Die Hallesche Zeitung ist in der Reichsdruckerei Halle a. S. gedruckt.

### Das Spiel um den Zahlungsaufschub.

Vor einer zugängenden Antwort der Entente / Starres Steigen der Markt / Verschärfung der innerpolitischen Krise durch die Gewerkschaften / Die Rathenau-Mörder noch auf freiem Fuß.

#### Das Stundungsgejud.

Die deutsche Note an die Reparationskommission. (Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 13. Juli 1922.

Der Vorsitzende der Reparationskommission hat gestern die Reparationskommission in Paris eine Note der Reichsregierung überreicht, in der die deutsche Regierung die Kommission um ein Moratorium ersucht. In der Einleitung der Note weist die deutsche Regierung auf die Schwierigkeiten der bisherigen Zahlungen hin und erklärt diese im einzelnen. Die wesentlichen Punkte der Note sind folgende: „Mühte die deutsche Regierung unter den Umständen ausländische Zahlungsmittel für die ihr auf Grund des Vertrages von Versailles auferlegten Verbindlichkeiten weiterhin in einem Umfang beschaffen, der dem bisherigen sich nähert, so würde die gegenwärtige Verminderung des Wertes der deutschen Papiermark rasch und unaufhaltsam fortschreiten und zu einer vollkommenen Zerrüttung des finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens Deutschlands führen. Die deutsche Regierung sieht sich deshalb außerstande, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die weitere Erfüllung von Zahlungen auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922 in Aussicht zu stellen. Die deutsche Regierung hofft, daß im Hinblick auf Art. 234 des Vertrages von Versailles den Antrag, ihr die nach der genannten Entscheidung während des Kalenderjahres 1922 noch fällig werdenden Zahlungen zu stunden.“

Den Vorschlag der am 15. Juni fälligen Zahlung von etwa 33 Millionen hätte die Regierung zwar zur Verfügung, er würde aber der Regierung fehlen und sie mühte sich sich zu den heutigen Anstufen erneut beschaffen, sobald sie die in den nächsten Monaten eintreffenden ausländischen Getreidemengen zu bezahlen hat. Unter diesen Umständen empfiehlt die deutsche Regierung, ihr den erwähnten Betrag zu belassen. Bei dem ungewissen Ernst der gegenwärtigen Lage mühte es für die deutsche Regierung nur dann möglich sein, das Gleichgewicht der sozialen Verhältnisse und in den Finanzen Deutschlands herzustellen, wenn sie die Unterfertigung der Reparationskommission findet. Die deutsche Regierung ist sich nicht im Zweifel darüber, daß zur Wiederherstellung des Marktes alsbaldige Maßnahmen erforderlich sind, die über das Jahr 1922 hinausreichen, und sie hält es daher für unerlässlich, daß Deutschland auch für die Jahre 1923 und 1924 von Zahlungen aus dem Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 befreit wird. Die Entbindung des Marktes von den Anleiheemitteln begonnen hat, macht eine abschließende vorläufige Regelung der Zahlungen notwendig, da die Unterfertigung durch eine längere Anleihe nicht eingetreten ist. Die deutsche Regierung bittet daher, über ihren Stundungsantrag mit größter Beschleunigung Entscheidung zu treffen, und sie hofft, daß eine solche Entscheidung der Wiederaufnahme der Anleiheverhandlungen förderlich sein wird.

#### Eine provisorische Antwort.

Endgültige Regelung bis 15. August.

Paris, 13. Juli. Die Reparationskommission hat die gestern begonnene Beratung über die deutsche Stundungsnote fortgesetzt und wird aller Voraussicht nach die Ablehnung einer provisorischen Antwort beschließen. Der Vorsitzende der Kommission Dubois ist gestern damit betraut worden, den Text einer provisorischen Antwort aufzusetzen. Nach den Morgenblättern wird die Kommission darin zum Ausdruck bringen, daß sie von den Darlegungen der deutschen Note Kenntnis genommen hat und daß sie die Absicht habe, die von der deutschen Regierung betonten Schwierigkeiten zu prüfen. Sie wird mitteilen, daß eine Stellungnahme zum Stundungsantrag erst erfolgen könne, wenn der Bericht des Garantiefinanzmittels vorliegt und weiter aufzeigen, daß ein endgültiger Beschluß vor dem 15. August gefaßt wird. Was die provisorische Antwort über die am 15. Juli fällige Zahlung angeht, wird sie noch unbestimmt. Der „Reit France“ will wissen, daß die Zahlung verlangt wird. Der „clair“ dagegen betont, es sei möglich, daß Deutschland ermächtigt wird, die Devisen bei der Reichsbank deponiert zu lassen, bis der Beschluß über das allgemeine Moratorium gefaßt ist.

#### Konjunktur für Schieber.

Der Wert der Preise.

Berlin, 12. Juli. Als wichtiger Grund für das Sinken des Dollarkurses von 540 auf 478 bezeichnet General Bernhard in der nach dem Rückwärtsstreit heute wieder erscheinenden Halleschen Zeitung das Wiederauftreten der öffentlichen Meinung durch die großen Berliner Blätter. Bernhard nennt seinen Kr...

ittel „Die Stadt im Dunken“. Die zeitungslosen Tage seien vergleichbar mit einem großen Elektrizitätsstreik. Heute sei wieder Licht und die fragwürdigen Gehalten der Spekulation verschwunden. Dieser Zeitungsstreik — sagt Bernhard —, der das Deutsche Reich um Milliarden geschädigt hat, bildet eine beachtenswerte Lehre für alle, die die Bedeutung der Presse, vor allem durch die internationale Nachrichtenvermittlung, noch nicht erkannt haben. An der Spitze ist das Gerücht aufgetaucht, daß ein deutsches Moratoriumsgesetz schon abgelehnt wäre. In den Börsenbörsen ist das Gerücht von neuen politischen Attentaten und neuen Demonstrationen entstanden, das auf die letzten großen Demonstrationen entsprechend gewirkt hat. Auch die innerpolitische Krise im Zusammenhang mit dem Gedanken des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung ist in diesem Sinne ausgenutzt worden. Durch tendenziöse Informationen über die Regierungslage ist im Ausland ein ganz falscher Eindruck erzeugt worden, und selbst in Deutschland waren die verantwortlichen Stellen nicht immer in der Lage, sich über die wirklichen Zustände auf dem Laufenden zu halten. Von heute ab ist aber den Gerüchtfabrikanten das Handwerk gelegt.

#### Wiedenfeld reißt nach Berlin.

Berlin, 13. Juli. Wie wir von unrichtigter Seite hören, trifft der deutsche Botschafter in Amerika Wiedenfeld in den nächsten Tagen in Berlin ein, um hier der Regierung über die Stimmung in Amerika Bericht zu erstatten. Wiedenfeld hat in Amerika nicht nur mit der amerikanischen Regierung, sondern auch mit einflussreichen amerikanischen Industriellen und Bankiersen verhandelt und nennenswerte Besuche über die Ansichten der Amerikaner ein geistreiches Bild zu geben. Ende September wird Wiedenfeld wieder in Amerika zurück erwartet.

#### Einigung im Ruhrbergbau.

Essen, 12. Juli. Die Verhandlungen über die strittigen Fragen am Montanrat des Ruhrbergbaues, welche am 11. Juli im Gebäude des Bundesverbandes in Essen unter der Leitung des Reichsarbeitsministeriums begonnen wurden, haben heute zu einer vollen Verständigung geführt. Die getroffenen Vereinbarungen bedürfen noch der englischen Zustimmung der beteiligten Verbände, die zum Samstag, 15. Juli, zu erwarten ist.

#### Reichstagsauslösung und Ausland.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, hat das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf die umlaufenden Drohungen mit Reichstagsauslösung und Neuwahlen eine Umfrage an seine Vertreter in den wichtigsten Auslandsstaaten gerichtet, wie sie nach ihrer Kenntnis der dortigen Regierung und Volksstimmung eine etwaige Reichstagsauslösung beurteilen würden. Soweit bis jetzt Antworten vorliegen, lauten sie einmütig dahin, daß eine Reichstagsauslösung die allerbedenklichsten Rückwirkungen auf das Ausland haben müßte.

#### Ein Vorstoß der Gewerkschaften.

Berlin, 13. Juli. Die innerpolitische Situation hat gestern abend durch den neuen Vorstoß der Gewerkschaften, denen die bisher vereinbarte Formulierung über den Gehaltentwurf zum Schutze der Republik nicht genügt und die ferner unbedingt auf den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung bestehen, unverwundet eine erhebliche Verschärfung erfahren. Der Ernst der Lage kommt dadurch zum Ausdruck, daß der Reichspräsident Ebert, wie nach der Ermordung Rathenaus seinen Urlaub in Freudenstadt unterbrechen mußte, um unverweilt nach Berlin zurückzukehren.

#### Die Rathenau-Mörder in Anhalt.

Deslau, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Staatsrat für Anhalt mitteilt, befinden sich die beiden künftigen Mörder Rathenaus in Anhalt. Die anhaltische Staatspolizei hat sofort umfassende Maßnahmen getroffen, um das Land abzuräumen. Das Publikum ist aufgefordert, die Fahndungsarbeit der Behörden nach Möglichkeit zu unterstützen und alle verdächtigen Wahrnehmungen sofort der nächsten Polizeistation mitzuteilen.

#### 50 Prozent Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Am 1. Oktober sollen die Eisenbahnfahrpreise wiederum stark erhöht werden. Die Fahrkartenerhöhungen sollen nicht weniger als 50 Prozent gesteigert werden, noch höher sollen Gepäckkosten steigen, die fast verdreifacht werden. Dagegen sollen diesmal die Gütertarife unverändert bleiben.

#### Heutiger Stand des Dollars 425.

### Diplomatische Mühlen.

Die Hilfe für Deutschland.

Die Räder der internationalen Diplomatie mahlen wie Gottes Mühlen langsam, dabei nicht einmal sicher, sondern menschlich unvollkommen. Als nach der Ermordung Rathenaus der unerhörte, den finanziellen Zusammenbruch Deutschlands andeutende Marktzusammenbruch einsetzte, da geschah in London und Paris zunächst nichts. Lord George erklärte im Unterhause, noch keine genaue Angabe seiner Absichten machen zu können. Man müsse abwarten. Weit und fer, wie schon Miquith immer lagte. In Paris hielt sich Poincaré mit feindseliger Stummheit zurück. Die englischen und französischen Zeitungen schrieben das Uebelste, und ihr leichtes Palaver endete mit der „heißigen“ Erkenntnis des Temps, man könne aus der Sackgasse nur durch Streichung der interalliierten Schulden heraus. Aber das war nichts Neues. Der Temps selbst hätte schon vor einiger Zeit diesen Vorschlag gemacht, den alle ernsthaften Kritiker der Reparationstabelle, zunächst nur einleitenden Schritt zur Revision des Versailles Abkommens ansehen. Immerhin fiel zum ersten Male nicht das Stichwort: Sanktionen! Und dies war ein Fortschritt. England hat bekanntlich einen Verzicht auf die Rückzahlung der französischen Schulden von der Zahlung Americas abhängig gemacht. Dieser Augenpunkt der ganzen Frage trat also wieder deutlich zutage.

Unterdessen bemühen sich die deutschen Staatssekretäre Schröder und Fischer in Paris um ein Gespräch mit den Mitgliedern der Reparationskommission, und es kam tatsächlich zu einer, wenn auch inoffiziellen Sitzung der Kommission, wobei die englische und französische Zusage wieder kräftig aufeinanderprallte. Sir John Bradburn verlangte als erstes ein mehrjähriges Moratorium für Deutschland, zweitens Ermäßigung der Sachleistungen, drittens vorläufige Hinterrückzahlung der am 15. Juli fälligen Raten, nicht 50, sondern unter Anrechnung lügenbürglicher und amerikanischer Zahlungen nur 32 Millionen Goldmark betragen. Letztere Zusage machte sich die ganze Kommission zu eigen. Nur der Franzose Dubois bereitete wie immer Schwierigkeiten. Er ließ nach der Sitzung zu Poincaré und beriet mit diesem und dem Finanzminister Lagere über die „bedauerliche Zurückhaltung der französischen Interessen“. Poincaré war diesmal ein anderer. Er ließ jetzt doch unter dem wiederholten Eindruck der deutschen Währungsnotlage, daß die englische und französische Franzosen weniger als einem Monat am 27. August gestatten. Er schied sich also diesmal ausnahmsweise den englischen Vorschlägen angeschlossen zu wollen. Nur die nationalpolitischen Blätter sind päpstlicher als der Papst. Sie schreien Jeter und Wördo über einen möglichen „Anfall“ Poincarés und verlangen energischer Vertretung der französischen Ansprüche. Die übrigen Zeitungen mahnen darauf aufmerksam, daß Frankreich im Jahre 1922 und 1923 von den deutschen Zahlungen ohnehin keinen Goldpennig gesehen hätte. Kame das Wiesbaden Abkommen, der Gilet-Vertrag und das Kron-Programm Poincarés zur Durchführung, so lei ein neues Geldmoratorium für Frankreich das schlimmste nicht. Im übrigen tröstet sich die Pariser Presse mit Hoffnungen auf Ergebnisse der Berliner Tätigkeit des Garantiefinanzmittels. Man erwartet eine verschärfte Finanzkontrolle über Deutschland und eine strengere Kontrolle der Subsidienregimente.

Auf den Bericht des Garantiefinanzmittels wartet ja auch die Reparationskommission, um offizielle Beschlüsse fassen zu können. Der Bericht wird voraussichtlich aber erst Ende dieser Woche in Paris eintreffen. Was geschah nun bis jetzt in London? Lord George hatte lange Beratungen mit dem Schatzsekretär Sir Robert Horne und dem Minister Chamberlain. Ihr Ergebnis: Die englische Regierung wird eine Konferenz aller alliierten Finanzminister mit der Reparationskommission einberufen. Ferner trat der ganze englische Kabinettsrat zusammen. Der englische Botschafter in Washington, Sir Auckland Geddes wurde zugezogen. Ergebnis: Lord George wird Herrn Poincaré zu einem zweiten, sofortigen Besuch nach London bitten. Der französische Ministerpräsident soll die kurze Reise und den schweren Gang schon am Anfang nächster Woche antreten. Endlich hat sich die britische Regierung, wie aus Washington gemeldet wird, mit dem amerikanischen Botschafter in London, Harney, in Verbindung gesetzt, um ein Eingreifen Americas zu veranlassen. Harney widerspricht zwar dieser Werbung, bekräftigt sie aber auch wiederum, indem er erklärt, England erwarte eine mittelbare Hilfe von Washington. Was damit gemeint ist, ob eine Wiederkehr des Morgantekomites, ob eine Verifizierung der derzeitigen französisch-amerikanischen Verhandlungen oder ob ein wichtiger Schritt in der Schuldenerdnung, das wird man hoffentlich bald sehen. Man sieht, wie ein Rad ins andere greift. Aber wenn die diplomatische Maschine nicht schneller läuft, ist Deutschland ertrunken, ehe die Hilfe kommt.

#### Der Fall Coewensfeld.

Zum Feldzug wider den Reichswehrminister. Unter den zahlreichen Anwürfen, mit denen in letzter Zeit der Reichswehrminister Gessler von sozialistischer Seite heimgesucht wird, spielt bekanntlich die Ernennung des Kapitän von Coewensfeld zum Kommandanten des kleinen Kreuzers „Berlin“ eine besondere Rolle. Kürzlich hat der mehrheitssozialistische Abg. Vogel diesen Vorwürfen besonderen Nach...

